



## N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Monheim am Rhein vom  
18.03.2010

---

Sitzungsraum: Ratssaal  
Beginn: 16:08 Uhr  
Ende: 23:32 Uhr

Anwesend:

### **Ausschussvorsitzender**

Herr Daniel Zimmermann

### **Mitglieder der CDU-Fraktion**

Herr Günter Bosbach  
Herr Tim Brühland  
Herr Heinz-Jürgen Goldmann  
Herr Markus Gronauer  
Herr Peter Werner

### **Mitglieder der Fraktion Peto**

Herr Florian Große-Allermann  
Frau Janne Oberdieck  
Frau Svenja Oberdieck  
Frau Lisa Riedel  
Herr Lucas Risse

### **Mitglieder der SPD-Fraktion**

Herr Werner Goller  
Herr Thomas Heinen  
Frau Ursula Schlößer ab 16:21 Uhr  
Herr Alexander Schumacher ab 16:11 Uhr

### **Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Frau Andrea Stamm

### **Mitglieder der FDP-Fraktion**

Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz Vertreterin für Dr. Schröder-Weber, Doris

### **MfM**

Frau Lilo Friedrich

### **Linke**

Herr Benjamin Daniel Kenzler

### **von der Verwaltung**

Herr Andreas Apsel  
Frau Annette Berg  
Herr Martin Frömmer  
Herr Max Herrmann  
Herr Guido Krämer  
Herr Edgar Lenz  
Herr Georg Thomanek  
Herr Uwe Trost  
Frau Marion Warden  
Herr Thomas Waters

### **Schriftführerin**

Frau Anke Bitsch

Entschuldigt fehlten:

### **Mitglieder der FDP-Fraktion**

Frau Dr. Doris Schröder-Weber

### **von der Verwaltung**

Herr Roland Liebermann

## **TAGESORDNUNG**

### **I. Öffentliche Sitzung:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -
3. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 26.11.2009 VIII/0205
4. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
- 4.1. Standort des neu zu errichtenden Sportplatzes
- 4.2. Heinrich-Häck-Stadion
5. Einrichtung von Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung im Kreis Mettmann VIII/0186/1
6. 2. Änderung der Entgeltordnung über die Teilnahme am offenen Ganztage; VIII/0209

1. Änderungsatzung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege
- |       |   |           |
|-------|---|-----------|
| 7.    | Einrichtung weiterer OGATA-Gruppen für das Schuljahr 2010/2011  | VIII/0192 |
| 8.    | Neufassung der Entgeltordnung der Musikschule der Stadt Monheim am Rhein  | VIII/0182 |
| 9.    | Änderung des § 6 der Entgeltordnung der Aula Berliner Ring, des Schelmenturms, der Räume der VHS und des Sojus 7        | VIII/0225 |
| 10.   | Satzung zur 1. Änderung der "Gebührensatzung für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008" | VIII/0058 |
| 11.   | Sportstättenkonzeption 2010   | VIII/0187 |
| 12.   | Hebesatzsatzung für die Grund- und Gewerbesteuer im Haushaltsjahr 2010  | VIII/0210 |
| 13.   | Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010   | VIII/0215 |
| 13.1. | Anträge der CDU-Fraktion im Rahmen der Haushaltsplanberatungen  | VIII/0212 |
| 13.2. | Anträge der SPD-Fraktion im Rahmen der Haushaltsplanberatungen  | VIII/0213 |
| 14.   | Haushaltssicherungskonzept 2010 ff.   | VIII/0216 |
| 15.   | Mündliche Mitteilungen  |           |
| 16.   | Mündliche Anfragen  |           |

## **SITZUNGSERGEBNIS:**

### **In öffentlicher Sitzung**

#### **1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

##### **Protokoll:**

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wird einvernehmlich um folgende Punkte erweitert:

- Neuer TOP 9: Vorlage VIII/0225 – Änderung des § 6 der Entgeltordnung der Aula Berliner Ring, des Schelmenturms, der Räume der VHS und des Sojus7
- Neuer TOP 10: Vorlage VIII/0058 – Satzung zur 1. Änderung der „Gebührensatzung für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008“.

Die Nummerierung der nachfolgenden Tagesordnungspunkte ändert sich entsprechend.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass zwei Dokumentar-Filmerinnen anwesend sind und Teile der Sitzung filmen möchten. Hiergegen wurden keine Bedenken erhoben.

## **2 Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -**

### **Protokoll:**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Niederschrift zur Kenntnis.

## **3 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 26.11.2009**

**Vorlage: VIII/0205**

### **Protokoll:**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Ausführungsbericht zur Kenntnis.

## **4 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner**

### **4.1 Standort des neu zu errichtenden Sportplatzes**

#### **Protokoll:**

Herr Schirmer, Sprecher der Initiative gegen die Bebauung Baumberg-Ost erklärt, dass die Initiative zwei Gespräche im Zusammenhang mit dem Sportstättenkonzept geführt habe und über deren Inhalt er informieren möchte. Zum einen hätte ein Gespräch mit der Fa. Braas bzw. Monier GmbH stattgefunden in dem die Fa. ihre Verwunderung geäußert haben soll, dass die Gespräche seitens der Stadt Monheim am Rhein im Bezug auf den Rückkauf des Grundstücks abgebrochen worden seien.

Zum anderen sei die Fa. Steffens Hausbau, die im Besitz einiger brach liegender Grundstücke im Stadtgebiet sei, sehr an Gesprächen mit der Stadt Monheim am Rhein bezüglich der Grundstücke und einer etwaigen Nutzung durch die Stadt interessiert.

Der Bürgermeister erwidert, dass mit der Monier GmbH Gespräche stattgefunden haben und es Vereinbarungen in einem Kaufvertrag aus dem Jahr 1997 gebe, der

sogar die Höhe des Rückkaufwertes enthalte. Hierüber sei gesprochen worden und Einvernehmen über die Höhe erzielt worden. Weitere Ausführungen würden seitens der Verwaltung bei den Beratungen des Tagesordnungspunkts 11 zum Sportstättenkonzept gemacht.

Mit der Fa. Steffens haben ebenfalls Gespräche, zuletzt kurz vor Weihnachten, stattgefunden, so der Bürgermeister. Hier habe die Verwaltung deutlich gemacht, dass großes Interesse an der Entwicklung, insbesondere des Grundstücks Rabenstraße, bestehe. Zu diesem Zeitpunkt habe die Fa. Steffens sehr deutlich gemacht, dass das Erbbaurecht das bevorzugte Geschäftsmodell darstelle. Trotzdem wurde vereinbart, weiterhin im Gespräch zu bleiben.

## **4.2 Heinrich-Häck-Stadion**

### **Protokoll:**

Herr Güneser, Vorstandsmitglied des Inter Monheim e. V., äußert sich zu der geplanten Sanierung des Ascheplatzes des Heinrich-Häck-Stadions und macht deutlich, dass der Inter Monheim e. V. einen Kunstrasenplatz begrüßen würde. Zurzeit sei aus wirtschaftlichen Gründen lediglich die Sanierung des vorhandenen Ascheplatzes möglich, so der Bürgermeister.

## **5 Einrichtung von Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung im Kreis Mettmann**

**Vorlage: VIII/0186/1**

### **Protokoll:**

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass der nach der Empfehlung des Ausschusses für Bildung und Kultur geänderte Beschlussvorschlag, der am 15.03.2010 an die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses verteilt worden ist, zur Abstimmung gestellt wird.

### **Beschlussempfehlung**

1. Dem gutachterlichen Vorschlag, die Leo-Lionni-Förderschule des Kreises Mettmann in Monheim zu einem Kompetenzzentrum für sonderpädagogische Förderung für den Einzugsbereich Langenfeld und Monheim auszubauen, wird gefolgt.
2. Die Comenius-Schule wird zum Schuljahr 2010/2011 im Verbund mit der Leo-Leonni-Schule als Teilstandort fortgeführt. Die Verwaltung wird beauftragt, die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen mit der Bezirksregierung und dem Kreis Mettmann abzustimmen. Die sich aus dem Abstimmungsprozess ergebenden schulorganisatorischen Maßnahmen werden dem Ausschuss in seiner nächsten Sitzung zur Beschlussfassung vorgelegt.
3. Unter Voraussetzung entsprechender Gremienbeschlüsse der Stadt Langenfeld, kann der Verbund um die Pestalozzi-Schule (Förderschule der

Stadt Langenfeld) erweitert werden. Die Verwaltung wird in diesem Fall beauftragt, die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen mit der Stadt Langenfeld abzustimmen und die erforderlichen Maßnahmen dem Ausschuss in seiner nächsten Sitzung zur Beschlussfassung vorzulegen.

**einstimmig zugestimmt**

**6**      **2. Änderung der Entgeltordnung über die Teilnahme am offenen Ganztag;  
1. Änderungssatzung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege  
Vorlage: VIII/0209**

**Protokoll:**

Wie in der Beratung des Ausschusses für Bildung und Kultur besprochen, legt die Verwaltung eine weitere Variante der Entgeltordnung vor.

Die Verwaltung erläutert kurz die Abweichungen, die darin bestehen, dass die Geschwisterkinder in der OGATA den halben Beitrag zahlen und jedes weitere Kind frei ist. Die Gebühren bei den Kindergartenkindern bleiben unverändert. Weiterhin sieht diese Fassung der Entgeltordnung eine Erhöhung des Beitrages von 90 € auf 110 € vor.

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragt nach, ob hier, ähnlich wie bei den Kindergartenbeiträgen, eine soziale Staffelung der Beiträge erfolgt. Die Verwaltung erklärt, dass dies hier nicht vorgesehen sei. Es werden lediglich einkommensschwache Familien durch einen auf 20 € reduzierten Beitrag entlastet.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion bittet um eine Sitzungsunterbrechung.

Pause von 16:28 Uhr bis 16:35 Uhr.

Der Sprecher der CDU-Fraktion bittet um Auskunft, ob die Erhöhung zwingend notwendig sei, um die Einrichtung der 3,5 Gruppen zu gewährleisten.

Der Bürgermeister bestätigt, dass dies der Fall sei. Durch die Erhöhung der Beiträge werde der Zuschussbedarf insgesamt nicht steigen, so dass mit einer Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde zu rechnen sei. Sofern sich ein höherer Zuschussbedarf ergebe, sei davon auszugehen, dass die Aufsichtsbehörde keine Genehmigung erteile, da die Einrichtung der geplanten 3,5 Gruppen über das gesetzlich geforderte Maß hinausgehe und damit nicht zwingend notwendig sei. Aufgrund der eklatanten Haushaltslage dürfe die Stadt Monheim am Rhein keine Ausgaben tätigen, die sich nicht aus einer gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtung ergebe.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion bezieht sich auf die Diskussion in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses und gibt zu bedenken, dass die höheren Kosten durch andere Maßnahmen, wie z. B. durch die weitere Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer, aufgebracht werden könne und so im Rahmen der Gesamtdeckung zu keiner Belastung des städtischen Haushaltes führe. Dies sei eine gerechte Lösung, da es sich hier um ein gesellschaftliches Problem handeln würde und die Haushaltslage nicht zu einer weiteren Belastung der Eltern führen dürfe. Die

Erhöhung des Beitrages auf 110 € werde unterstützt, aber für Geschwisterkinder sollten keine Beiträge erhoben werden.

Der Kämmerer erläutert, dass zwar das Gesamtdeckungsprinzip gelte, jedoch sei in der Gemeindeordnung NRW eine Rangfolge bei der Finanzmittelbeschaffung verankert. Danach seien vorrangig spezielle Entgelte zur Deckung des Bedarfs zu erheben und erst an letzter Stelle die Steuereinnahmen heranzuziehen.

Auch die Sprecherin der FDP-Fraktionen würde eine Entlastung bei Geschwisterkindern begrüßen. Weiterhin sei eine soziale Staffelung der Beiträge anzustreben.

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, die Verwaltung zu verpflichten, die Möglichkeit der sozialen Staffelung der Beiträge für Geschwisterkinder zu prüfen und die finanziellen Auswirkungen darzustellen.

Die Sprecherin der Fraktion Peto äußert, dass das Angebot ohne Finanzierung nicht möglich sei. Da die Allgemeinheit bereits ausreichend belastet sei, sei hier der Vorschlag der Verwaltung zu unterstützen. Unabhängig davon sei der Prüfauftrag hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der sozialen Staffelung der Beiträge zu unterstützen.

Der Prüfauftrag der FDP-Fraktion wird zur Abstimmung gestellt:

Einstimmig zugestimmt.

### **Beschlussempfehlung**

1.

Die 2. Änderung der Entgeltordnung der Stadt Monheim am Rhein über die Teilnahme am offenen Ganztage (außerunterrichtliche Angebote) der städtischen Grundschulen vom 06.06.2007 wird in der vorliegenden Fassung beschlossen. Die Änderung der Entgeltordnung ist als Anlage 1 beigefügt und Bestandteil des Beschlusses.

2.

Die 1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege in der Stadt Monheim am Rhein 06.06.2008 wird in der vorliegenden Fassung beschlossen. Die Änderungssatzung ist als Anlage 2 beigefügt und Bestandteil des Beschlusses.

**mehrheitlich zugestimmt**

**Ja 13 Nein 6 (dagegen: 4 SPD, 1 MfM, 1 Linke)**

**7**            **Einrichtung weiterer OGATA-Gruppen für das Schuljahr 2010/2011**  
**Vorlage: VIII/0192**

**Protokoll:**

Aufgrund der vorangegangenen Diskussion und des Beschlusses zu Tagesordnungspunkt 6 kommt dem Punkt 4 des Beschlussvorschlages keine Bedeutung mehr zu.

**Beschlussempfehlung**

1.        Zum Schuljahr 2010/2011 werden, vorbehaltlich der Landesförderung und mit der Maßgabe einer kostenneutralen Umsetzung, an den Grundschulen:  
Astrid Lindgren Schule                    0,5  
Lottenschule                                1,0  
Winrich v. Kniprode Schule            1,0  
Alexander v. Humboldt Schule        1,0 Gu Gruppe  
insgesamt 2,5 weitere OGATA Regel-Gruppen sowie 1 OGATA GU-Gruppe (78 Plätze) auf Grundlage der bestehenden Verträge eingerichtet.
2.        Die Verwaltung wird mit der Beantragung der Gruppen beim Land beauftragt.
3.        Zur Ausstattung der Gruppen wird ein Budget i.H. 10.500€ bereitgestellt.
4.        Die Verwaltung wird mit der in der Sachdarstellung vorgesehenen Überarbeitung der Elternbeitragssatzung für Offene Ganztagschulen in Monheim am Rhein zum Schuljahr 2010/2011 beauftragt.
5.        Die Verwaltung wird mit der Erstellung eines OGS-Entwicklungsplanes bis zum November 2010 beauftragt.

**einstimmig zugestimmt**

**8**            **Neufassung der Entgeltordnung der Musikschule der Stadt Monheim am Rhein**  
**Vorlage: VIII/0182**

**Beschlussempfehlung**

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt die Neufassung der Entgeltordnung der Musikschule gemäß Anlage 1. Die Entgeltordnung ist Bestandteil des Beschlusses.

**einstimmig zugestimmt**



**9**            **Änderung des § 6 der Entgeltordnung der Aula Berliner Ring, des Schelmenturms, der Räume der VHS und des Sojus 7**  
**Vorlage: VIII/0225**

**Protokoll:**

Der Sprecher der SPD-Fraktion fragt nach, welcher Maßstab bei der Beurteilung, ob ein besonderer Ausnahmefall vorliegt oder nicht, angelegt werden würde. Es würde sicherlich darauf hinauslaufen, dass, wie bisher auch, gemeinnützige Vereine und Parteien von der Entgeltspflicht ausgenommen seien und so ein finanzieller Vorteil für die Stadt Monheim am Rhein nicht erkennbar sei. Daher sei die vorgeschlagene Formulierung wenig sinnvoll. Die Einführung von Entgeltspflicht für gemeinnützige Vereine sei nicht akzeptabel und führe zur Untergrabung des ehrenamtlichen Engagements. Hier könne lediglich dann ein Entgelt erhoben werden, wenn durch die Veranstaltung selbst Einnahmen erzielt würden. Auch Parteien sollten die Räumlichkeiten weiterhin entgeltfrei nutzen können.

Der Bürgermeister erklärt, dass eine grundsätzliche Entgeltspflicht beabsichtigt sei. Zwar handele es sich um einen unbestimmten Rechtsbegriff, jedoch sei er nach pflichtgemäßem Ermessen auszulegen und die Maßstäbe noch festzulegen.

Die Sprecherin der Fraktion Peto merkt an, dass es keine Staatsfinanzierung der Parteien gebe. Die Saalmiete könne durch die Mitgliedsbeiträge aufgebracht werden.

**Beschlussempfehlung**

Die „Entgeltordnung für die Nutzung der Aula Berliner Ring, des Schelmenturms, der Räume der VHS und des Sojus 7 vom 10.06.2008“ wird entsprechend der als Anlage beigefügten Vorlage geändert. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.

**mehrheitlich zugestimmt**

**Ja 14 Nein 5 (dagegen: 4 SPD, 1 Linke)**

**10**            **Satzung zur 1. Änderung der "Gebührensatzung für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008"**  
**Vorlage: VIII/0058**

**Beschlussempfehlung**

Die Satzung zur 1. Änderung der „Gebührensatzung zur Benutzung der Friedhöfe der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

**einstimmig zugestimmt**

**Sportstättenkonzeption 2010****Vorlage: VIII/0187****Protokoll:**

Der Bürgermeister weist auf die in der Sitzung verteilten Ergänzungen hin, deren wesentlicher Bestandteil ein Kostenvergleich der Errichtung der Sportplätze an den zwei verschiedenen Standorten am Kielsgraben und an der Wolfhagener Straße darstellt. Er erläutert die Vorlage ausführlich anhand einer PowerPoint-Präsentation die den Fraktionen nach der Sitzung zur Verfügung gestellt wird.

Die Sprecherin der FDP-Fraktion merkt an, dass die Kostenkalkulation der Bürgerinitiative gegen die Bebauung Baumberg-Ost die den Fraktionen zugegangen sei, andere Aussagen zu den Kosten enthalten würde. Ein Nachvollziehen und Prüfen der Zahlen können daher derzeit nicht erfolgen.

Weiterhin gibt die Sprecherin der FDP-Fraktion zu bedenken, dass hier, entgegen der Aussage der Verwaltung, ein Lärmproblem entstehen könne. Insbesondere gibt sie zu bedenken, dass der sonntags mit 4 Stunden kalkulierte Spielbetrieb nicht ausreichend sein dürfe. Auch solle bedacht werden, dass der Sportplatz Sandstraße möglicher Weise nicht mehr in der bisherigen Form nutzbar sei. Hier sprächen einige Aspekte dafür, dass es zu erneuten Diskussionen kommen werde. Nach Abschluss der Baumaßnahme würde sich auch das Parkproblem dort zuspitzen. Im Hinblick auf die schwierige Situation am Sportplatz Sandstraße sei mittelfristig der Standort Kielsgraben zu bevorzugen.

Die Verwaltung erklärt, dass die 4 Stunden Spielbetrieb an Sonn- und Feiertagen die Grundlage darstelle, auf der das Gutachten erstellt worden sei. Diese Stundenzahl sei lediglich angenommen, stelle aber nicht die Höchstdauer dar. In Ausnahmefällen könne eine längere Nutzung erfolgen. Diese 4 Stunden erscheinen aber realistisch, da diese an dem vorhandenen Sportplatz am Kielsgraben nicht ausgenutzt würden.

Der Sprecher der CDU-Fraktion bittet darum, die in einem an die Fraktionen gerichteten Schreiben durch die Bürgerinitiative aufgeworfenen Fragen bis zur Ratssitzung zu beantworten.

Der Bürgermeister merkt an, dass ihm dieses Schreiben nicht bekannt sei. Ihm liege lediglich ein Flugblatt vor, das seitens der Bürgerinitiative ebenfalls an die Fraktionen ausgehändigt worden sei. Die hier gemachten Aussagen seien jedenfalls nicht richtig. So sei durch das Gutachten beispielsweise bestätigt worden, dass der Lärm- und Lichtschutz ausreichend gewährleistet sei.

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen äußert Verwunderung, dass, im Hinblick auf die finanzielle Situation der Stadt Monheim am Rhein, nicht die Umkleidekabinen und Parkplätze des Sportplatzes an der Bregenzer Straße Berücksichtigung in der Konzeption des Sportplatzes Wolfhagener Straße gefunden hätten.

Sie beantragt, den Punkt 6 des Beschlussvorschlages gesondert zur Abstimmung zu stellen und wie folgt zu formulieren: „Im Rahmen der planungsrechtlichen Weiterentwicklung soll der Bereich Wolfhagener Straße Reserven für eine weitere Großsportanlage beinhalten. Der Bereich Kielsgraben soll Reserveflächen für Freianlagen erhalten. Die Umkleidekabinen und der Parkplatz der alten Bezirkssportanlage bleiben erhalten.“

Im Bezug auf die Kostenkalkulation seien einige Aspekte nicht berücksichtigt, so der Sprecher der CDU-Fraktion. Er beantragt daher, die Kalkulationen um folgende Punkte zu ergänzen und bis zur Ratssitzung schriftlich vorzulegen:

- jährliche Betriebskosten,
- Informationen nach Abstimmung mit den Vereinen über die Übernahme der Pflege und Wartung durch die Vereine,
- Kosten für die Errichtung und Erhaltung von Umkleidekabinen und Parkplätzen an der Wolfhagener Straße, die am Kielsgraben vorhanden sind.

Der Bürgermeister gibt zu bedenken, dass die Betriebskosten für eine Sportanlage entstehen, unabhängig von dem Standort, da in den nächsten 10 Jahren nicht damit zu rechnen sei, dass am Kielsgraben aufgrund der Schließung des Sportplatzes Sandstraße eine weitere Sportanlage errichtet wird. Daher habe man sich bei der Kostenkalkulation auf die investiven Maßnahmen beschränkt. Sofern sich ergeben würde, einen weiteren Sportplatz zu errichten, so seien weder Parkplätze noch Umkleidekabinen von der Kapazität ausreichend, da sie derzeit nur für eine Sportanlage ausgerichtet seien.

Der Sprecher der CDU-Fraktion beantragt, über den Beschlussvorschlag, mit Ausnahme der Standortfrage der Punkte 5 und 6, abzustimmen und diese Entscheidung in den Rat zu vertagen.

Der Bürgermeister stellt den Beschlussvorschlag, mit Ausnahme der Standortfrage für die neu zu errichtende Großsportanlage der Punkte 5 und 6, zur Abstimmung. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Entscheidung über die Punkte 5 und 6 werden in den Rat verwiesen.

### **Beschlussempfehlung**

1. Der Maßnahmen- und Zeitplan der Sportstättenkonzeption (Anlage 1) wird so - wie dort vorgeschlagen - umgesetzt.
2. Die Erlöse aus dem Grundstücksverkauf „Bezirkssportanlage Baumberg“ und der diese umgebenden städtischen Grundstücke werden zur Deckung der Sanierungs- und Neubaumaßnahmen der Sportanlagen der Stadt Monheim am Rhein herangezogen siehe Planskizze, Anlage 3.
3. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind unter Berücksichtigung der Zeitplanung in den Haushalten 2010 ff zu veranschlagen. Vor Umsetzung der einzelnen Maßnahmen ist die Zustimmung des Haupt- und Finanzausschusses erforderlich.

Die Finanzierung der für die Jahre 2010 und 2011 vorgeschlagenen Maßnahmen erfolgt aus Grundstückserlösen (s. o.) und den Infrastrukturmitteln des Konjunkturpaketes II.

4. Die zum Verkauf anstehenden Grundstücksflächen werden planungsrechtlich so weit wie möglich für Wohnbauzwecke weiterentwickelt.

**einstimmig zugestimmt**

**12 Hebesatzsatzung für die Grund- und Gewerbesteuer im Haushaltsjahr 2010  
Vorlage: VIII/0210**

**Protokoll:**

Die Sprecherin der FDP-Fraktion merkt an, dass diese Grundsteuerhebesatzerhöhung eine einseitige Belastung der Bürger darstelle um mittelfristig einen Haushaltsausgleich zu erreichen und dies nicht zu vertreten sei. Hier seien andere, kreative Ideen zur Ausgabenreduzierung oder Einnahmeerhöhung gefragt.

Die Sprecher der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Peto halten die Erhöhung zwar nicht für wünschenswert, jedoch aufgrund der Haushaltslage für unvermeidbar.

**Beschlussempfehlung**

Die Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Monheim am Rhein wird in der vorgelegten Fassung beschlossen. Die Satzung ist Bestandteil des Beschlusses.

**mehrheitlich zugestimmt**

**Ja 18 Nein 1 (dagegen: 1 FDP)**

Die Sprecherin der Fraktion Peto bittet um eine Sitzungsunterbrechung.

Pause von 18:52 Uhr bis 19:06 Uhr.

**13 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010  
Vorlage: VIII/0215**

**Protokoll:**

Die Tagesordnungspunkte 13 bis 14 werden gemeinsam beraten.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass folgende Unterlagen am heutigen Tage nachgereicht wurden:

- ein weiterer Antrag der SPD-Fraktion,
- ein Antrag der FDP-Fraktion,

- schriftliche Begründung des Antrages der CDU-Fraktion,
- Stellungnahme des Personalrates,
- detaillierte Aufstellung der Schulbetriebskosten.

Die Punkte der Änderungsliste und die jeweiligen Anträge der Fraktionen werden im Zusammenhang mit den entsprechenden Produkten aufgerufen. Zu den nachfolgend nicht aufgeführten Produkten erfolgten keine Wortmeldungen und einstimmige Beschlüsse.

## **Teilergebnisplan**

### **00.05**

#### **Antrag FDP-Fraktion**

Bezug nehmend auf den Antrag der FDP-Fraktion, den Ansatz der Rechtsberatung um mindestens 10% zu kürzen, erklärt die Verwaltung, dass es sich hier überwiegend um nicht beeinflussbare Fixkosten für Versicherungsbeiträge handele und daher eine Einsparung nur über die Personalkosten zu erreichen sei. Es sei jedoch zu bedenken, dass lediglich eine Vollzeitstelle in der Rechtsberatung vorgehalten werde.

Die Sprecherin der FDP-Fraktion merkt an, dass beispielsweise zu überprüfen sei, ob externe Juristen zur Beratung herangezogen werden müssten. Es seien im Hause schließlich 3 Volljuristen beschäftigt, so dass zumindest ein Teil der externen Leistungen eingespart werden könne.

Die Verwaltung macht deutlich, dass zum einen eine sehr günstige „Flatrate“ mit einer Anwaltskanzlei vereinbart wurde, die weit weniger Kosten verursache als Personalkosten für eine entsprechende Stelle betragen würde. Abgesehen davon würden selbstverständlich Rechtsfragen zunächst durch das vorhandene Personal geprüft und alle internen Möglichkeiten und Ressourcen genutzt.

Die Sprecherin der FDP-Fraktion regt an, die bestehenden Versicherungen dahingehend zu überprüfen, ob eine günstigere Versicherung möglich sei. Hier könne man sich beispielsweise eines Versicherungsmaklers für kommunale Bereiche bedienen.

Der Bürgermeister erklärt, dass diese Vergleiche regelmäßig stattfinden.

Die Sprecherin der FDP-Fraktion zieht den Antrag zurück und fordert die Verwaltung auf, eine detaillierte Aufstellung aller bestehenden Versicherungen vorzulegen.

### **10.01**

#### **541210 (Änderungsliste)**

Der Sprecher der CDU-Fraktion fragt nach, ob es richtig sei, dass der Aufstieg für Beamtinnen und Beamte des mittleren Dienstes in den gehobenen Dienst nicht mehr ermöglicht werden solle.

Der Bürgermeister bestätigt dies. Es gebe derzeit eine Aufstiegsbeamtin, die ihren Aufstieg abschließen könne. Anschließend sei zunächst keine Möglichkeit des Aufstiegs vorgesehen, da hierdurch hohe Personalkosten verursacht würden. Die Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes, die zum Zeitpunkt des Aufstiegs

regelmäßig nach Besoldungsgruppe A 08 besoldet würden, würden während der Dauer des 3jährigen Lehrganges weiterhin besoldet, jedoch stünden sie aufgrund der Studiensemester an der Fachhochschule für die Verwaltung nicht zur Verfügung. Folglich müssten diese Stellen regelmäßig wiederbesetzt werden. Anders gestalte sich dies bei den Lehrgängen für die Beschäftigten. Diese können, neben der 2 Mal wöchentlich stattfindenden theoretischen Ausbildung, weiter auf ihrer Stelle verbleiben, ohne dass diese durch eine andere Person besetzt werden müsse und dadurch zusätzliche Personalkosten entstünden.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion bittet um Auskunft, ob es der Beamtin des mittleren Dienstes, die bereits das Auswahlverfahren durchlaufen und bestanden habe, noch ermöglicht würde, den Aufstieg in den gehobenen Dienst abzuschließen.

Die Verwaltung erklärt, dass vorgesehen sei, lediglich die Beamtin, die den Lehrgang bereits begonnen hat, den Aufstieg vollenden zu lassen. Die Beamtin, die zwar das Auswahlverfahren bestanden, jedoch noch nicht mit dem Lehrgang begonnen habe, käme nicht zum Zuge, da es sich um eine freiwillige Leistung handele.

Diese Vorgehensweise würde keine Zustimmung finden, so die Sprecherin der SPD-Fraktion.

Die Sprecherin der FDP-Fraktion hält diese Maßnahmen für „Sparen am falschen Ende“. Gut ausgebildetes Personal würde mittelfristig für einen höheren Output sorgen.

Die Sprecherin der Fraktion Peto äußert ebenfalls ihr Bedauern, hält diese Kürzung jedoch für unumgänglich, da es sich um eine sehr kostenintensive und spezielle Weiterbildung handeln würde.

Der Bürgermeister stellt die vorgesehene Kürzung laut Änderungsliste zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt

Enthaltung: 1 FDP

Dagegen: 4 SPD, 1 MfM, 1 Linke

#### Antrag der SPD-Fraktion

Die Sprecherin der SPD-Fraktion erläutert den schriftlichen Antrag eine Aufgabenanalyse durchzuführen.

Der Bürgermeister gibt zu bedenken, dass es sich um einen sehr aufwendigen Prozess handele. Aufgabenkritik habe einen hohen Stellenwert, dürfe jedoch nicht dazu führen, dass sich die Verwaltung selbst verwaltet. Die Aufgabenkritik sei auch über die strategischen Ziele möglich. Abgesehen davon würden im Rahmen der EU-Dienstleistungsrichtlinie derzeit eine Fülle von Aufgaben analysiert. Sofern der Antrag eine Mehrheit finde, müsse eine Konkretisierung erfolgen, in welchen Bereichen und wie kleinteilig die Aufgabenanalyse durchgeführt werden solle.

Die CDU-Fraktion hält den Antrag für unterstützenswert. Auch im Hinblick auf den seitens der CDU-Fraktion gestellten Antrag zur Überprüfung der Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit wäre die Aufgabenanalyse hilfreich und eine aussagekräftige Grundlage, Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit zu erkennen.

Die Sprecherin der FDP-Fraktion gibt zu bedenken, dass diese Maßnahme dazu führen könne, dass die originären Aufgaben vernachlässigt werden könnten. Möglicherweise gebe es bereits Stellenbeschreibungen, die diese Aufgabenanalyse überflüssig mache.

Es sei auch zu befürchten, dass der Aufwand zu hoch sein könnte und evtl. unvorhergesehene Kosten entstehen könnten, so die Sprecherin der Fraktion Peto.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion entgegnet, dass Kosten nur dann anfielen, wenn der Prozess extern begleitet würde. Hierzu bestünde ihrer Meinung nach keine Veranlassung.

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen halte es für angebracht, ein Konzept zu entwickeln, wie die strategische Zielfindung und die gewünschte Aufgabenkritik miteinander verknüpft werden könne.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion ändert ihren Antrag dahingehend ab, dass die Verwaltung beauftragt wird, im Zuge der strategischen Zielkonzeption eine Verknüpfung zur Aufgabenkritik her- und darzustellen. Dies ist durch eine Zielvereinbarung in den Haushaltsplan aufzunehmen.

Der Bürgermeister stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig zugestimmt

#### Anträge der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion

Der Sprecher der SPD-Fraktion führt aus, dass im Bereich der IT und der Beschaffungen, aber auch in weiteren Bereichen der Verwaltung, die Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit mit den anderen kreisangehörigen Städten sowie dem Kreis selbst zu prüfen seien.

Die Sprecherin der FDP-Fraktion merkt an, dass sich der Antrag der FDP-Fraktion im Hinblick auf die „Zentrale Einkaufsstelle“ inhaltlich mit dem Antrag der CDU-Fraktion decken würde. Die Prüfung solle sich jedoch nicht nur auf kreisangehörige Städte beschränken.

Der Bürgermeister erklärt, dass zum Thema der interkommunalen Zusammenarbeit bereits eine Arbeitsgruppe auf Kreisebene eingerichtet wurde. Beschaffungen und Fortbildungen im IT-Bereich würden bereits seit geraumer Zeit in Abstimmung mit den weiteren kreisangehörigen Gemeinden erfolgen. Die Verwaltung schlägt vor, die Prüfung der Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit für alle Bereiche der Verwaltung bei dem Produkt 10.01

anzusiedeln und als Zielvereinbarung in den Haushaltsplan aufzunehmen.

Der Bürgermeister stellt die o. g. Zielvereinbarung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

## **10.02**

### Antrag der SPD-Fraktion

Die Verwaltung solle prüfen, inwieweit die Virtualisierung von Servern zu Einsparungen führen könne, so die Sprecherin der SPD-Fraktion.

Die Verwaltung erklärt, dass sich die Anzahl der physikalischen Server seit dem Jahr 2008 bereits von 30 auf 6 reduziert habe. Trotzdem seien noch Möglichkeiten im Bereich der Schulen vorhanden, die in diesem Jahr realisiert würden.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion zieht den Antrag aufgrund der gemachten Ausführungen zurück.

## **32.02**

### Antrag der FDP-Fraktion

Die Sprecherin der FDP-Fraktion führt zu dem Antrag aus und empfiehlt, diesen auf die Bereiche 60 hinsichtlich der Grünflächen und 40 hinsichtlich der Schulen auszudehnen, da hier auch bürgerschaftliches Engagement wünschenswert und möglich wäre. Hier seien entsprechende Zielvereinbarungen zu formulieren.

Der Bürgermeister stellt den Antrag für die Bereiche 32, 40 und 60 zur Abstimmung und sichert zu, bis zur Ratssitzung eine entsprechend formulierte Zielvereinbarung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

### Antrag der SPD-Fraktion

Die Sprecherin der SPD-Fraktion bezieht sich auf den im Ausschuss für öffentliche und soziale Angelegenheiten gestellten Antrag, nicht nur im Bereich 32.02 auf externe Druckkosten zu verzichten, sondern in der Gesamtverwaltung. Dieser Antrag wird aufrecht erhalten und die Reduzierung der Sachkosten von 250.000 € um einen über die bereits beschlossene Kürzung hinausgehenden Betrag gewünscht.

Die Verwaltung hält es für sinnvoll, diese Entscheidung den Bereichen zu überlassen und keine Kürzung vorzusehen. In manchen Fällen sei es unumgänglich externe Druckaufträge zu vergeben.

Der Bürgermeister stellt den Antrag zur Abstimmung.



Abstimmungsergebnis:  
Mehrheitlich abgelehnt  
Enthaltung: 1 FDP  
Dagegen: 5 Peto, 1 MfM, 1 Linke, 1 CDU, 1 BM

Der Bürgermeister sichert zu, bis zur Ratssitzung eine Übersicht über die Druckkosten der Gesamtverwaltung zur Verfügung zu stellen.

### **32.06**

#### Antrag der FDP-Fraktion

Die Sprecherin der FDP-Fraktion trägt den Antrag mündlich vor.  
Die Verwaltung erklärt, dass, wie im Fachausschuss beraten, die Prüfung der dahingehenden Möglichkeiten seitens der Verwaltung erfolgt.

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet den Prüfauftrag dahingehend zu erweitern, dass folgende Aspekte Berücksichtigung finden:

- weitere Betreuung der Familien in dem bisherigen Umfang,
- Beachtung bei der Unterbringung, dass das soziale Umfeld bei Kindern erhalten bleibt (z. B. kein Schulwechsel).

Der Bürgermeister stellt den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig zugestimmt

### **32.10**

#### 531700 (Änderungsliste)

Die vorgeschlagene Einsparung durch das Durchführen der Krankenhaustransporte durch städtische Rettungskräfte an den Wochenenden wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:  
Mehrheitlich abgelehnt  
Dafür: 1 FDP

#### Antrag der CDU-Fraktion

Der Sprecher der CDU-Fraktion weist auf den zum Produkt 10.1 diskutierten Antrag bezüglich der Prüfung der Einsparpotentiale durch interkommunale Zusammenarbeit hin und bittet den Bereich 32.10 im Hinblick auf das Aufschalten auf die Kreisleitstelle zu berücksichtigen.

Der Bürgermeister sichert eine Berücksichtigung aller in Frage kommenden Bereiche bei der zu formulierenden Zielvereinbarung zum Produkt 10.1 zu.

### **40.04.**

#### 446100, 528100 (Änderungsliste)

Der Bürgermeister stellt den Konsolidierungsvorschlag durch Erhebung eines Energieeuro zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig abgelehnt

#### **41.01**

##### Antrag der FDP-Fraktion

Die Sprecherin der FDP-Fraktion wiederholt den im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport gestellten Antrag, Sportkurse teilweise oder umfänglich durch die Sportvereine anbieten zu lassen.

Der Antrag wurde durch den Fachausschuss zur Beratung in den VHS-Beirat verwiesen. Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses folgen einstimmig der Empfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport.

##### 446100 (Änderungsliste)

Die vorgeschlagene Erhöhung der Teilnehmerentgelte wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:  
Mehrheitlich zugestimmt  
Dagegen: 4 SPD, 1 MfM, 1 Linke

#### **51.01**

##### 531700 (Änderungsliste)

Der Konsolidierungsvorschlag, den Zuschuss für das ToT Baumberg um 10% zu kürzen wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:  
Mehrheitlich zugestimmt  
Dagegen: 4 SPD

#### **51.02**

##### 531700 (Änderungsliste)

Zur Abstimmung kommt der Vorschlag, die Zuschüsse an freie Träger zur Förderung von Ferienmaßnahmen um 10% zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig abgelehnt  
Enthaltung: 1 FDP

##### Sachkonten-Gruppe 50 (Änderungsliste)

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass hier noch keine Abstimmungsgespräche mit freien Trägern stattgefunden hätten. Dies könne erst erfolgen, wenn ein entsprechender Beschluss über die Übergabe der OGaTa-Einrichtungen in freie

Trägerschaft erfolgt ist. Auch entsprechende Konzepte können erst dann erarbeitet werden.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion weist darauf hin, dass die Fraktionen am heutigen Tage Schreiben der Schulleitungen und der derzeit in den OGaTa-Einrichtungen städtischen Beschäftigten erreicht hätten. Da die in diesen Schreiben vorgetragenen Argumente seitens der SPD-Fraktion noch nicht diskutiert und bewertet werden konnten, wird die Vertagung der Entscheidung in die Ratssitzung beantragt.

Die bisherigen Standards in den Einrichtungen müssten bei einer Übergabe in freie Trägerschaft erhalten bleiben, so die Sprecherinnen der FDP-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Die Entscheidung wird einstimmig in die Ratssitzung vertagt. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Ratssitzung zu klären, ob die derzeitigen Standards beibehalten können.

#### **51.04**

##### 533110 (Änderungsliste)

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen trägt vor, dass dafür Sorge getragen werden müsse, dass die aufgewendete Zeit pro Fall nicht geringer werden dürfe.

Die Verwaltung berichtet, dass die zeitliche Komponente nicht verändert würde, sondern die Kosten von 49 € auf 41 € pro Fachleistungsstunde sinken würde. Dies sei durch eine Vertragsanpassung zu erreichen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt

Enthaltung: 1 MfM

Dagegen: 4 SPD

#### **60.04**

##### 521101 (Änderungsliste)

Der Sprecher der SPD-Fraktion regt an, hier die Möglichkeit des Sponsorings zu überprüfen. Es könne bei Gartenbaubetrieben und anderen Firmen Interesse bestehen, Grünflächen kostenlos zu bepflanzen und zu pflegen und im Gegenzug ihr Firmenlogo dort anzubringen.

Der Sprecher der CDU-Fraktion merkt an, dass der Verzicht auf die Saisonbepflanzung auch eine Reduzierung von Personalkosten nach sich ziehen müsse, da hier Tätigkeiten der Beschäftigten der Städtischen Betriebe entfallen würden.

Der Bürgermeister merkt an, dass nicht beabsichtigt sei, Stellenanteile bei den Städtischen Betrieben einzusparen. Allerdings könnten die frei werdenden Kapazitäten dahingehend genutzt werden, dass Aufgaben, die derzeit fremd

vergeben würden, von eigenem Personal erledigt würden.

Dann sei der Ansatz für die Fremdvergaben zu reduzieren, so der Sprecher der CDU-Fraktion.

Im Bereich 60 würden sich keine weiteren Einsparungen niederschlagen, so die Verwaltung. Die Städtischen Betriebe seien hier so zu betrachten, wie ein Fremdunternehmen. Der Bereich 60 bekommt derzeit eine Rechnung von den Städtischen Betrieben für die Pflege der Grünflächen. Diese Rechnung würde sich durch den Verzicht auf die Saisonbepflanzung um 25.000 € reduzieren.

Der Bürgermeister stellt die Angelegenheit zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:  
Mehrheitlich zugestimmt  
Enthaltung: 4 SPD  
Dagegen: 5 CDU, 1 MfM

#### 521103 (Änderungsliste)

Aufgrund der unvorhersehbaren Winterschäden auf der Baumberger Chaussee sind zusätzliche Kosten zu erwarten, so die Ausführungen der Verwaltung. Die Sanierung sei aus wirtschaftlichen Aspekten vor der Übergabe des Teilstücks an den Landesbetrieb vorzunehmen.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion regt an, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen, jedoch einen Sperrvermerk anzubringen, da die Abstimmung über diese Vorgehensweise mit dem Landesbetrieb noch erfolgen müsse.

Der Bürgermeister stellt den Vorschlag, die zusätzlichen Mittel in Höhe von 125.000 € zu veranschlagen und einen entsprechenden Sperrvermerk anzubringen zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig zugestimmt.

#### **61.04**

##### 543120 (Änderungsliste) und Antrag der CDU-Fraktion

Der Sprecher der CDU-Fraktion weist darauf hin, dass die Zertifizierung zur Mittelstandsfreundlichen Kommune ein wichtiger Eckpfeiler der Ansiedlungspolitik sei, auf den nicht verzichtet werden solle. Insbesondere unter Berücksichtigung, dass in den vergangenen Jahren bereits 60.000 € im Hinblick auf die Zertifizierung aufgewendet wurden, sei ein Verzicht unwirtschaftlich und nicht denkbar.

Darüber hinaus beantragt die CDU-Fraktion, wie bereits schriftlich dargelegt, eine Imagekampagne, durch die die Vorzüge der Stadt Monheim am Rhein herausgestellt würden.

Die Verwaltung führt aus, dass bereits einige der in dem Antrag der CDU-Fraktion genannten Maßnahmen regelmäßig vorgenommen würden. So gäbe es regelmäßige Pressearbeit, Workshops, Kontaktaufnahme mit Wirtschaftsunternehmen, Bildung eines Netzwerks, Internetauftritt. Um einen weiteren und nachhaltigen Effekt zu erreichen sei es erforderlich eine darüber hinausgehende Imagekampagne über mehrere Jahre zu installieren um eine gewisse Kontinuität zu erreichen. Dies wäre wiederum mit sehr hohen Kosten verbunden.

Die Weiterführung der Zertifizierung sei nur möglich, wenn personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt würden. Andernfalls könnte die bereits erwähnte Öffentlichkeitsarbeit nicht weiterverfolgt werden. Es sei bei der Zertifizierung auch nicht ausreichend, das Gütesiegel zu erhalten, sondern ein anschließendes Controlling wäre zu installieren.

Der Bürgermeister stellt den in der Änderungsliste formulierten Vorschlag zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:  
Mehrheitlich zugestimmt  
Dagegen: 5 CDU, 1 FDP

Über die Aufnahme einer Zielvereinbarung dem Antrag der CDU-Fraktion entsprechend ein Konzept einer Imagekampagne für den Standort Monheim am Rhein zu entwickeln, wird abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig zugestimmt

## **71.01**

### Antrag FDP-Fraktion

Die Verwaltung führt zu dem Antrag einen Hausmeisterpool zu bilden aus, dass in anderen Städten, die einen Hausmeisterpool eingerichtet haben, die Erfahrung zeige, dass es dahingehend problematisch sei, dass sich kein Beschäftigter für einzelne Gebäude verantwortlich fühle.

Abgesehen davon sei eine Personaleinsparung in diesem Bereich unrealistisch, da die Ausweitung des Schulbetriebs durch die Übermittag-Betreuung und den offenen Ganztagsbetrieb bislang keinen Zuwachs personeller Art nach sich gezogen habe. Auch habe die Untersuchung der Gemeindeprüfungsanstalt in diesem Bereich ergeben, dass die Stadt Monheim am Rhein bei der Versorgung der Schulen dem KGSt-Bestwert sehr nahe liege und sich an den dort empfohlenen zu betreuenden Flächen pro Hausmeister orientiere.

Der Antrag zur Prüfung der Einrichtung eines Hausmeisterpools wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:  
Mehrheitlich abgelehnt

Dafür: 1 FDP

Antrag CDU-Fraktion

Durch eine neue Heizungsverteilung seien die Kosten bereits um 25 % reduziert worden, so die Verwaltung. Auch andere Maßnahmen, wie die Erneuerung von Fenstern und Dachflächen, seien teilweise schon durchgeführt und weitere geplant. Weitere Einzelheiten würden dem Rat in der nächsten Sitzung in Form eines Energieberichts vorgelegt werden.

Der Sprecher der CDU-Fraktion hält eine nachvollziehbare und messbare Planung für sinnvoll. So müssten sich die Energiesparmaßnahmen in verringerten Haushaltsansätzen widerspiegeln. Die Entwicklung eines Konzepts, das einerseits die Kosten der Maßnahmen und andererseits die zu erwartenden Energiekosteneinsparungen enthalte sei daher erforderlich.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

Dafür: 5 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen

**71.02**

521102 (Änderungsliste)

Der Sprecher der SPD-Fraktion erklärt, dass hier, sofern man zu dem Ergebnis käme, dass die Brunnen stillgelegt würden, zu prüfen sei, ob Sponsoren gefunden werden könnten, die die Kosten übernehmen würden. Auch sei es der Stadtwerbung nicht zuträglich, auf die Betreibung der Wasserbrunnen zu verzichten.

Der Sprecher der CDU-Fraktion merkt an, dass die geplante Maßnahme zu einem Imageverlust führen würde.

Der Einsparvorschlag wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich abgelehnt

Dafür: 5 Peto, 1 FDP, 1 MfM, 1 BM

**90.01**

403200 (Änderungsliste)

Der Vorschlag wird zur Abstimmung gestellt:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt

Dagegen: 1 FDP

## **Teilfinanzplan B**

Die Verwaltung erläutert anhand einer Powerpoint Präsentation die Auswirkungen, die das Sportstättenkonzept auf die Finanzplanung hat.

### **60.04.010**

#### **Maßnahme Radweg Klappertorstraße bis Kielsgraben**

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragt nach, ob die Mittel aus dem Konjunkturpaket II nicht für den Radweg verwendet würden und diese Maßnahme nun entfallen würde.

Die Verwaltung erklärt, dass die aus dem Konjunkturpaket II noch zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 710.000 € in voller Höhe für das Sportstättenkonzept verwendet würden. Der im Teilfinanzplan B ausgewiesene städtische Eigenanteil für den Radweg von 115.000 € würde aus dem Verkauf einiger kleiner Grundstücke aufgebracht.

### **71.02.010**

#### **Maßnahme Ulla-Hahn-Haus**

Die Sprecherin der SPD-Fraktion führt aus, dass es bei dieser kostenintensiven Maßnahme möglicher Weise sinnvoll sei, diese zeitlich zu verschieben. Weiterhin könne geprüft werden, ob im Rahmen einer Stiftung agiert werden könne, so dass die Belastung für den städtischen Haushalt geringer werden würde. Es wird angeregt, diesbezüglich Kontakt mit Frau Hahn aufzunehmen.

Die Sprecherin der FDP-Fraktion schließt sich der Meinung der SPD-Fraktion an. Es könne auch für Frau Hahn selber Vorteile bringen, im Rahmen einer Stiftung tätig zu werden und Mittel zu investieren.

Die Unsicherheit, die hier entstanden sei, sei nachvollziehbar, da noch kein Konzept bezüglich der weiteren Einzelheiten vorliege, so der Bürgermeister. Daher stellt er den Vorschlag zur Diskussion, einen Sperrvermerk anzubringen, bis dem Fachausschuss ein Konzept vorliege, wie sich der Umbau gestalten würde.

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis90/Die Grünen merkt an, dass es sinnvoll sei, Möglichkeiten einer anderen räumlichen Unterbringung zu prüfen, da der Umbau zu kostenintensiv sei.

Es könnten ggf. die Räumlichkeiten genutzt werden, in denen derzeit das Jugendamt untergebracht sei, wenn der Umzug in das Haus der Chancen vollzogen sei, so der Sprecher der CDU-Fraktion. Diese Möglichkeit könne zumindest bis zu dem Zeitpunkt genutzt werden, bis ausreichend Mittel zur Verfügung stünden, das Ulla-Hahn-Haus zu realisieren.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass sich dadurch keine Einsparung ergibt, da die Räumlichkeiten im Rathauscenter langfristig veräußert werden sollen. Abgesehen davon seien die Bewirtschaftungskosten nicht zu kalkulieren.

Der Bürgermeister stellt die Maßnahme mit entsprechendem Sperrvermerk zur

Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig zugestimmt.

#### Maßnahme Außenanlage KiTa Oranienburger Straße

Die Sprecherin der SPD-Fraktion äußert ihre Verwunderung über die Höhe des vorgesehenen Betrages.

Die Außenanlage sei in einem sehr schlechten Zustand, so die Verwaltung. So seien beispielsweise bis hin zu den Grundleitungen Arbeiten erforderlich, da derzeit bei starken Regenfällen das Wasser nicht mehr abfließen könne und die Anlage mehrere Tage nicht nutzbar sei. Weiterhin sei die Außenanlage sehr groß. Die Fläche beträgt ca. 5.000 qm und sei damit fast doppelt so groß wie vorgeschrieben. Der Preis pro qm sei jedoch relativ gering.

Aufgrund der Ausführungen stelle sich die Frage, ob es nicht ausreichend sei, 3.000 qm als KiTa-Außengelände herzurichten und den Rest des Grundstückes lediglich zu bepflanzen, so die Sprecherin der SPD-Fraktion. So sei eine Kostenreduzierung möglich und die vorgeschriebene Größe des Außengeländes gewährleistet.

Die Verwaltung schlägt vor, die Kostenkalkulation unter Berücksichtigung von Einsparungsmöglichkeiten vor der Ratssitzung als Diskussionsgrundlage zur Verfügung zu stellen und die Abstimmung in den Rat zu vertagen.

#### **Beschlussempfehlung**

Der Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung 2010 wird unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlenen Änderungen, die er

- a) aufgrund eigener Zuständigkeit oder
- b) aufgrund von Empfehlungen der Fachausschüsse oder
- c) aufgrund der Vorschläge der Verwaltung

beschlossen hat, angenommen.

Die Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein für das Haushaltsjahr 2010 wird mit folgender Fassung beschlossen:

Aufgrund der §§ 78 ff der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juni 2008 (GV. NRW. S. 514), hat der Rat der Stadt Monheim am Rhein mit Beschluss vom folgende Haushaltssatzung erlassen:

#### **§ 1**

Der **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr 2010, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im **Ergebnisplan** mit



Gesamtbetrag der Erträge auf	77.030.880 EUR
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	97.146.750 EUR

im **Finanzplan** mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	72.974.670 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	87.083.220 EUR

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	7.936.000 EUR
--	---------------

Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	7.936.000 EUR
--	---------------

festgesetzt.

## § 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf

290.000 EUR

festgesetzt.

## § 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

3.890.000 EUR

festgesetzt.

## § 4

Die Verringerung der Ausgleichsrücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf

0 EUR

und

die Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf

20.115.870 EUR

festgesetzt.

## § 5

Der **Höchstbetrag der Kredite**, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

75.000.000 EUR

festgesetzt.

Nachrichtlich:

## § 6

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** sind für das Haushaltsjahr 2010 wie folgt festgesetzt worden:

### 1. Grundsteuer

1.1	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	380 v. H.
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	435 v. H.
2.	<b>Gewerbesteuer</b> nach dem Gewerbeertrag	435 v. H.

## § 7

- (1) Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates nach § 83 der Gemeindeordnung NW, wenn sie im Einzelfall 25.000 € überschreiten und ihnen keine zur Deckung dieser Ausgaben zweckgebundenen Erträge und Einzahlungen gegenüberstehen. Buchungen im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten bleiben hiervon unberührt.
- (2) Die Bewirtschaftung der Auszahlungen aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit sowie die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen dürfen nur nach vorheriger Zustimmung des Stadtkämmerers erfolgen. Die Erläuterungen zum Haushaltsplan sind dabei zu beachten. Über Änderungen des Verwendungszweckes im Rahmen der Unabweisbarkeit entscheidet bis 10.000 € der Stadtkämmerer, darüber hinaus der Haupt- und Finanzausschuss.
- (3) Die Wertgrenze gemäß § 14 Abs. 1 GemHVO, ab der unter mehreren in Betracht kommenden Möglichkeiten durch einen Wirtschaftlichkeitsvergleich die für die Gemeinde wirtschaftlichste Lösung ermittelt werden soll, wird auf 400.000 € festgesetzt.
- (4) Auf den im Stellenplan ausgewiesenen Beamtenstellen können Tarifbeschäftigte und auf den im Stellenplan ausgewiesenen Stellen für Tarifbeschäftigte können Beamte beschäftigt werden.
- (5) Die Aufwendungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit sind innerhalb der Produkte für die einzelnen Bereiche als übertragbar und gegenseitig deckungsfähig anzusehen.

Die in der Anlage 2 aufgeführten Änderungen der mittelfristigen Planung (2011-2013) für den Teilfinanzplan B werden beschlossen. Anlage 2 wird Bestandteil dieses Beschlusses.

**einstimmig zugestimmt**

**Ja 12 Enthaltung 7 (enthalten: 5 CDU, 1 FDP, 1 Bündnis 90/Die Grünen)**

### **13.1 Anträge der CDU-Fraktion im Rahmen der Haushaltsplanberatungen Vorlage: VIII/0212**

**Protokoll:**

Die Tagesordnungspunkte 13 bis 14 werden gemeinsam beraten. Die Diskussion ist den Ausführungen zu Tagesordnungspunkt 13 zu entnehmen.

### **13.2 Anträge der SPD-Fraktion im Rahmen der Haushaltsplanberatungen Vorlage: VIII/0213**

**Protokoll:**

Die Tagesordnungspunkte 13 bis 14 werden gemeinsam beraten. Die Diskussion ist

len Ausführungen zu Tagesordnungspunkt 13 zu entnehmen.

**14 Haushaltssicherungskonzept 2010 ff.  
Vorlage: VIII/0216**

Die Tagesordnungspunkte 13 bis 14 werden gemeinsam beraten. Die Diskussion ist den Ausführungen zu Tagesordnungspunkt 13 zu entnehmen.

Die Beschlussfassung wird in die Sitzung des Rates vertagt.

**15 Mündliche Mitteilungen**

**Protokoll:**

Keine Wortmeldungen.

**16 Mündliche Anfragen**

**Protokoll:**

Keine Wortmeldungen.

Die Sitzung wird beendet und die Beratung und Beschlussfassung der Tagesordnungspunkte des nichtöffentlichen Teils wird in den Rat verwiesen.

---

Daniel Zimmermann  
Vorsitzender

---

Anke Bitsch  
Schriftführerin